



Gemeinderat

Protokoll Nr. 5 / 2010

Datum 17. Juni 2010

Dauer 14.00 - 19.05 Uhr

Anwesend

Präsident Thomas Hensel

Mitglieder Fritz Imholz

Jon Pult

Fred Bieler

Dr. Carla Maissen

Thomas Leibundgut

Anita Mazzetta

Cornelia Crüzer Ettisberger

Reto A. Lardelli

Andy Kollegger

Tina Gartmann-Albin

Dr. Luca Tenchio

Dr. Chantal Marti-Müller

Josias F. Gasser

Dr. Dominik Infanger

Lucrezia Bernetta

Rita Cavegn Hänni

Beda Frei

Franco Lurati

Gieri Derungs

Christian Durisch

Stadtrat Stadtpräsident Christian Boner
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Roland Tremp

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 6. Mai 2010
2. Mitglieder für den Stiftungsrat Theater Chur; Antrag
3. IBC Energie Wasser Chur
 - a) Jahresbericht und Jahresrechnung 2009; Genehmigung
 - b) Gewinnverwendung; Beschluss
 - c) Entlastung des Verwaltungsrats; Beschluss
 - d) Verwaltungsrat; Wahl
 - e) Verwaltungsratspräsidium; Wahl
 - f) Revisionsstelle; Wahl
4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2009 Botsch. Nr. 29/2010
 - a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung 2009
 - b) Bericht zu den hängigen Vorstössen
5. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung; Bericht und Massnahmen Botsch. Nr. 30/2010
6. Geschäftsbericht Chur Tourismus; Kenntnisnahme
7. Auftrag Chantal Marti-Müller und Mitunterzeichnende betreffend Abklärung möglicher Talentklassen (Sport- und Kulturklassen) auf der Sekundarstufe I; Bericht Nr. 31/2010
8. Auftrag Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung des Mühlbach-Gesetzes an den Gewässerschutz und den aktuellen Nutzungsverhältnissen; Bericht Nr. 32/2010
9. Interpellation Christian Durisch betreffend Vergabe des Betriebes für die geplante Kletterhalle im Rahmen des GESAK Projektes; Antwort Nr. 33/2010

Im Nachgang zu den Kreiswahlen vom 13. Juni 2010 gratuliert der **Gemeinderatspräsident** sämtlichen Gewählten.

1. Protokoll der Sitzung vom 6. Mai 2010

Gestützt auf einen entsprechenden Hinweis des Rechtskonsulenten beantragt **Tenchio** folgende Präzisierung zu Art. 18 Taxigesetz:



- **Antrag**

„Die von GR Tenchio beantragte Ergänzung zu Art. 18 Taxigesetz, der die Beförderungspflicht regelt, bedeute nicht, dass der Taxilenker verpflichtet werde, den Transport von Kindern ohne entsprechende Kinderrückhaltevorrichtungen durchzuführen. Dies hätte ja zur Folge, dass gegen das Strassenverkehrsrecht verstossen würde. Der Zusatz will die Taxibetriebe vielmehr zwingend dazu anhalten, alles zu unternehmen, um den Beförderungsauftrag zu erfüllen und insbesondere dafür besorgt zu sein, für den Bedarfsfall mindestens ein Set von zugelassenen Kinderrückhaltevorrichtungen zur Verfügung zu halten.“

Abstimmung:

Der Antrag wird mit 13 Stimmen bei 8 Enthaltungen angenommen.

Im Übrigen wird das Protokoll der letzten Sitzung einstimmig genehmigt.

2. Mitglieder für den Stiftungsrat Theater Chur; Antrag

Mit SRB 289 vom 25. Mai 2010 unterbreitet der Stadtrat dem Gemeinderat folgenden Vorschlag zur erstmaligen Besetzung des Stiftungsrates „Theater Chur“ für die Amtsperiode 1. August 2010 bis 31. Juli 2014:

- Dr. Carlo Portner (Präsident), Gäuggelistrasse 16, 7000 Chur
- Anna Ratti (Sprachenvielfalt), Aquasanastrasse 20, 7000 Chur
- Christian Buxhofer (Medien), Tschuggenstrasse 36, 7000 Chur
- Stephan Müller, (Fachperson Theater), Hauptstrasse 25, 4456 Tenniken
- Monica Glisenti (Sponsoring/Marketing), Zelgliweg 7, 5703 Seon

Lardelli teilt mit, dass er sich seiner Stimme enthalten werde, da er gegen die gewählte Organisation gewesen sei, insbesondere gegen die Führung des Theaters durch die Stiftung.

Auf eine entsprechende Frage erklärt **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber**, dass beim Stiftungsratspräsidenten der Wohnort Haldenstein sei; dies werde korrigiert.

**Wahl:**

Die vorgeschlagenen Mitglieder für den Stiftungsrat „Theater Chur“ werden offen und in global mit 19 Stimmen bei 2 Enthaltungen gewählt.

3. IBC Energie Wasser Chur

Für die Behandlung dieses und des nächsten Geschäfts nehmen Georg **Flepp** und Albin **Bislin** von der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung Einsitz. Seitens Verwaltungsrat IBC nehmen Gieri Caviezel, Urs Schädler und Silva Semadeni Einsitz, von der Geschäftsleitung Johnny Kneubühler.

a) Jahresbericht und Jahresrechnung 2009; Genehmigung

Mit SRB 293 vom 25. Mai 2010 beantragt der Stadtrat:

Der Geschäftsbericht 2009 der IBC - bestehend aus Jahresbericht und Jahresrechnung - wird genehmigt.

Unter Verweis auf das IBC-Gesetz sowie Corporate Governance-Überlegungen regt **Tenchio** an, das Mandat für die Revisionsstelle sei periodisch zu überprüfen. Er fragt, ob es nächstes Jahr einen neuen Vorschlag geben werde.

Kollegger stellt fest, dass die Gewinnablieferung im Vergleich zum Voranschlag merklich erhöht worden sei, doch liege sie immer noch weit unter dem, was möglich wäre. Das habe teilweise mit der fragwürdigen Bildung von Reserven zu tun. Zudem seien die Konzessionsgebühren zu tief angesetzt. Auch schütte die EBRAG keine Gewinne an die IBC aus, welche wiederum der Stadt zu Gute kämen. Am Geschäftsbericht kritisiert er die mangelnde Transparenz hinsichtlich Beteiligungen, z.B. an der Swiss Mountain Power AG (SMOP). Er sei der Meinung, dass dem Gemeinderat eine konsolidierte Konzernrechnung vorgelegt werden müsste. Aus all diesen Gründen könne er den Jahresbericht, die Jahresrechnung sowie den Antrag auf Gewinnverwendung nicht mittragen und werde sich seiner Stimme enthalten.

In inhaltlicher Hinsicht werden Aussagen zur Langfrist-Strategie der IBC vermisst, auch das Thema Energieeffizienz fehle. An den Stadtrat ergoht zudem eine Frage zum Thema „Ples-



surpower“-Strom (Vermischung mit Kohle-/Atomstrom). Zudem wird festgestellt, die IBC arbeiteten gut, auch der Mittelzufluss an die Stadt sei gut, doch wolle sich der Gemeinderat seit der Ausgliederung mehr als vorher einmischen. Die IBC befänden sich im Dilemma zwischen Strom sparen und Strom verkaufen. Es gelte, die Arbeit der Vorberatungskommission zur IBC abzuwarten. An den Stadtrat ergeht die Frage, wie er sich bezüglich städtischem Glasfasernetz zu verhalten gedenke.

Stadtrat und Verwaltungsratspräsident **Trempe** verweist auf die hohen Ausschüttungen der IBC von fast 40 Mio. Franken an die Stadt seit deren Ausgliederung am 1. Januar 2006. Davon seien die Ablieferungen tiefer gewesen. Es werde die Aufgabe des neuen VR-Präsidenten sein, die Frage der Revisionsstelle zu prüfen. Was die erwähnten „fragwürdigen“ Reserven anbelange, so könnten nicht geldwirksame Leistungen nicht abgegolten werden, ansonsten müssten sich die IBC verschulden. Die Konzessionsgebühr sei von Anfang an so vereinbart gewesen, deren Höhe werde aber auf jeden Fall ein Thema sein. Die Frage der Gewinnabschöpfung durch die Stadt sei wegen einer drohenden Intervention der ELCOM bedeutsam. Sowohl bei der SMOP als auch bei der EBRAG handle es sich um eigenständige Gesellschaften; eine Konsolidierung werde aber geprüft, ebenso wie der Hinweis betreffend Herkunft des „Plessurpower“-Stroms (Vermischung mit Kohle-/Atomstrom). Der Verwaltungsrat habe sich von Beginn an mit einer Langfrist-Strategie der IBC befasst; der rückläufige Energiemarkt werde zudem im Rahmen des Energiekonzepts 2020 ein Thema sein. Auch das Thema eines Glasfasernetzes sei im Verwaltungsrat ein Thema gewesen, doch lehne dieser ein Engagement ab; dieses solle den Telecom-Firmen überlassen werden.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 16 Stimmen bei 5 Enthaltungen zum Beschluss erhoben.

b) Gewinnverwendung; Beschluss

Mit SRB 293 vom 25. Mai 2010 beantragt der Stadtrat:

Auf Antrag des Verwaltungsrates der IBC wird der Bilanzgewinn von Fr. 10'175'546.83 per 31. Dezember 2009 wie folgt verwendet:

<i>Gewinnvortrag Vorjahr</i>	<i>Fr. 140'060.14</i>
<i>Ergebnis Erfolgsrechnung</i>	<i>Fr. 10'035'486.69</i>
<i>Bilanzgewinn per 31. Dezember 2009</i>	<i>Fr. 10'175'546.83</i>



<i>Erfolgsbeteiligung an die Stadt Chur</i>	<i>Fr. 8'000'000.00</i>
<i>Zuweisung an Allgemeine Reserve</i>	<i>Fr. 1'600'000.00</i>
<i>Vortrag auf neue Rechnung</i>	<i>Fr. 575'546.83</i>

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird mit 17 Stimmen bei 4 Enthaltungen zum Beschluss erhoben.

c) Entlastung des Verwaltungsrates; Beschluss

Mit SRB 293 vom 25. Mai 2010 beantragt der Stadtrat:

Dem Verwaltungsrat der IBC wird Décharge erteilt.

Abstimmung:

Dem Verwaltungsrat der IBC wird einstimmig Décharge erteilt.

d) Verwaltungsrat; Wahl

Mit SRB 293 vom 25. Mai 2010 beantragt der Stadtrat:

Die folgenden Verwaltungsräte der IBC werden für ein weiteres Jahr gewählt:

Herr Gieri Caviezel

Herr Urs Schädler

Frau Silva Semadeni

Herr Thomas Tanner

Roland Tremp nimmt als Mitglied des Stadtrates von Amtes wegen Einsitz im Verwaltungsrat.

Wahl:

Die vorgeschlagenen Mitglieder des Verwaltungsrates werden offen und in globo einstimmig gewählt.

**e) Verwaltungsratspräsidium; Wahl**

Mit SRB 293 vom 25. Mai 2010 beantragt der Stadtrat:

Als Präsident des Verwaltungsrates wird Herr Urs Schädler für ein Jahr gewählt.

Abstimmung:

Urs Schädler wird offen einstimmig als Verwaltungsratspräsident gewählt.

f) Revisionsstelle; Wahl

Mit SRB 293 vom 25. Mai 2010 beantragt der Stadtrat:

Als Revisionsstelle der IBC wird die BMU Treuhand AG, Hartbertstrasse 9 in 7000 Chur, für ein weiteres Jahr gewählt.

Wahl:

Der Antrag des Stadtrates wird einstimmig zum Beschluss erhoben.

4. Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2009**a) GPK-Bericht zur Jahresrechnung**

Mit Botschaft Nr. 29/2010 beantragt der Stadtrat:

1. *Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2009 wird genehmigt.*
2. *Die Jahresrechnung 2009 mit*

<i>einem Aufwand von</i>	<i>Fr. 242'655'711.19</i>
<i>und einem Ertrag von</i>	<i>Fr. 243'333'133.34</i>
<i>sowie einem Ertragsüberschuss von</i>	<i>Fr. 677'422.15</i>

wird genehmigt.
3. *Die Investitionsrechnung 2009 mit Nettoinvestitionen von Fr. 24'627'157.49 wird genehmigt.*



Mit Bericht vom 17. Juni 2010 beantragt die **GPK** ebenfalls Genehmigung der Jahresrechnung sowie der in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Nachtragskredite.

GESCHÄFTSBERICHT

(abteilungsweises Vorgehen)

DEPARTEMENT 1

Finanz- und Liegenschaftenverwaltung

Durisch klagt, der Sportplatz Ringstrasse sein in desolatem Zustand; zwar seien gewisse Verbesserungen vorgenommen worden, jedoch nicht viel. Er erkundigt sich nach dem aktuellen Stand der Dinge.

DEPARTEMENT 2

Soziale Dienste

Durisch erkundigt sich nach dem Veruntreuungsfall, wie diesbezüglich der Stand sei. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** verweist auf den Untersuchungsbericht der Finanzkontrolle, welcher zurzeit von der GPK geprüft werde. Das Strafverfahren sei pendent, und erste Sofortmassnahmen seien ergriffen worden.

DEPARTEMENT 3

Frau Cavegn erkundigt sich nach dem Stand der Arbeiten bezüglich Energiestadt-Label und Energie-Konzept 2020. **Stadtrat Tresp** erwidert, das Label werde voraussichtlich bis im Herbst 2010, das Konzept anfangs 2011 vorliegen.

Gasser fordert, es sei bei wärmetechnischen Sanierungen von städtischen Gebäuden aufzuzeigen, wieviel Energie eingespart werden könne.

Tenchio verweist auf seine gemeinsam mit Lardelli eingereichte Motion betreffend Moloks. Es gebe zwei Arten solcher Behälter: Privat und öffentlich erstellte. Es seien immer wieder Kehrriechsäcke auf der Strasse zu beobachten, weil Leute glaubten, sie dürften bei privaten Moloks nicht einwerfen. Nun schliesse aber ein privater Molok eine Entsorgung durch Dritte nicht aus. **Stadtrat Tresp** erwidert, dieses Problem sei ihnen von Anfang an bewusst gewesen und sie strebten eine pragmatische Lösung an. Das Ziel sei klar, dass in Zukunft sämtliche Moloks benutzt werden könnten.



Pult erkundigt sich nach dem Parkpflegewerk für den Stadtgarten; wann mit dem entsprechenden Bericht zu rechnen sei. **Stadtrat Tresp** führt aus, die Grundlagenarbeit einer interdisziplinären Arbeitsgruppe liege vor. Jetzt gehe es darum, Lösungen für den Stadtgarten und andere Parks aufzuzeigen. Beim Stadtgarten gebe es insbesondere Probleme mit Randständigen und grossen Anlässen. Der Zeitpunkt des Berichts sei noch offen.

Durisch erkundigt sich nach Massnahmen, um den Gestank der ARA einzudämmen. **Stadtrat Tresp** erwidert, das Anliegen sei berechtigt, und man arbeite an einer Lösung. Es könnten jedoch auch andere Quellen sein.

Der **Gemeinderatspräsident** weist darauf hin, dass sich bei der Versicherungskommission der Pensionkasse ein Fehler eingeschlichen habe. Der Arbeitnehmervertreter Kneubühler sei nicht Vertreter des VPOD.

RECHNUNG/GPK-BERICHT

(paralleles Vorgehen)

GPK-Präsident Frei führt aus, die vorliegende Rechnung erfülle die Zielsetzungen des Stadtrates zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung nur knapp. Eine ausgeglichene Rechnung sei das absolute Minimum, denn für den jährlichen Konsum dürfe sich die Stadt mit keinem Rappen verschulden. Zudem stelle er fest, dass die Kennzahl des Selbstfinanzierungsanteils in den letzten Jahren zu wenig wichtig genommen worden sei. Der Durchschnittswert der letzten zehn Jahre liege bei 10.8 %; als guter Wert könnten 20 % angesehen werden. Der Gemeinderat müsse unbedingt zu einer klaren Strategie in der Finanzpolitik finden. Der IAFP müsse bei der Überprüfung der Voranschläge und der Rechnungen eine wichtigere und verbindlichere Rolle spielen.

Zum Hinweis betreffend IAFP bemerkt **Imholz**, wenn dieser als verbindlich beschlossen worden wäre, hätte man heute höhere Schulden. Es sei zudem ein Fehler gewesen, im Sinne eines „antizyklischen Handelns“ im Voranschlag 2009 höhere Investitionen zu beschliessen. Die in den letzten Jahren geschaffene gute Ausgangsposition sei aktuell gefährdet.

Es handle sich um das schlechteste Rechnungsergebnis der letzten Jahre, zudem hätten keinerlei ausserordentliche Abschreibungen getätigt werden können, führt der **Stadtpräsident** aus. Die Steuererträge lägen um 9.6 Mio. Franken tiefer, was zu einer gefährlichen Scherenbewegung führe. Die Budgetdisziplin sei positiv und auf das Knacken des „Notgro-



schens“, der Steuerausgleichsreserve, habe man verzichtet. Die Rechnung 2009 sei knapp genügend, und es gelte, bei der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung zu handeln.

DETAILBERATUNG

Stadtkanzlei

Lurati stellte eine Frage zur Anregung der GPK bezüglich Amtsblatt. Es handle sich um eine Anregung und nicht um einen Antrag, führt der **Stadtpräsident** aus, weshalb der Stadtrat frei sei. Man habe die Abrechnung der SO Print AG akzeptiert, weil man gemerkt habe, dass diese für die Stadt günstig ausfalle.

Personalamt

Lardelli stellt fest, dass die Weiterbildungskosten Fr. 30'000.-- über dem Voranschlag liegen. Er fragt nach der Begründung dieser Überschreitung und wem die Kontrolle dieser Position obliege. **Frau Cavegn** verweist auf die Nachtragskredit-Liste und die dort aufgeführte Begründung. Der **Stadtpräsident** führt aus, der gesamte Betrag werde auf die Dienststellen aufgeteilt; diese seien für die Einhaltung zuständig. Die Kritik sei berechtigt und diese Position müsse besser überwacht werden.

Finanzverwaltung

- **Antrag** der GPK betr. Kontokorrentzinsen IBC

„Der Stadtrat wird aufgefordert, den Kontokorrentkredit zu überprüfen und eine Kreditlimite festzulegen. Dieser Kredit muss den gesetzlichen Grundlagen der Stadtverfassung entsprechen.“

Der zweite Satz im Antrag der GPK wird als fragwürdig bezeichnet, weil Kontokorrente in der Stadtverfassung nicht erwähnt sind.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.

Liegenschaftenverwaltung

- **Antrag** der GPK betr. Schnittstellen Finanz- und Liegenschaftenverwaltung und Hochbauamt:



„Der Stadtrat hat die Schnittstellen und Verantwortlichkeiten zwischen der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung und dem Hochbauamt bis zum 30. September 2010 schriftlich zu definieren.“

Imholz erkundigt sich, weshalb das Sitzungszimmer im Werkhof eingebaut wurde, obwohl der Gemeinderat den entsprechenden Investitionsbetrag gestrichen habe. **Stadtrat Tremp** führt aus, die GPK habe gewünscht, dass das Sitzungszimmer nicht als Investition, sondern günstiger im Rahmen der Laufenden Rechnung realisiert werde.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.

Amt für Telematik

Lurati fragt zum Bau einer LWL-Strecke durch das Amt für Telematik, ob die im GPK-Bericht erwähnten Gebühren auch eingezogen würden. **Durisch** hat genug von den falschen Berechnungen der Energiekosten durch den Vermieter. Der **Stadtpräsident** erwidert, die erwähnte Datenleitung sei noch nicht vermietet, doch würden von einem künftigen Mieter Gebühren erhoben.

Stadtschule

- **Antrag GPK**

„Die nächste geplante Evaluation soll folgendes enthalten: Vor- und Nachteile der Integration sollen im Vergleich zum alten System an der Stadtschule anonym und repräsentativ (inkl. Eltern, Lehrpersonen und Kinder) erhoben und ausgewertet werden. Ebenso sind die finanziellen Folgen vergleichend darzulegen. Die Ergebnisse sollen dem Gemeinderat an einer ordentlichen Sitzung präsentiert werden.“

Tenchio erkundigt sich nach dem Termin der nächsten Evaluation. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** spricht sich für den Antrag aus. Die 1. Evaluation habe einen Eindruck vermittelt, wie die Lehrpersonen mit der Integration zurecht kämen. Man werde versuchen, einen Vergleich zum alten System zu ziehen, was aber nicht einfach sein werde. Eine zweite Evaluation sei frühestens drei Jahre nach der Umsetzung geplant.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.



Durisch hat eine Frage zur Budgetierung der erweiterten Schulleitung; in welchem Umfang diese Kosten subventioniert würden. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** verweist auf einen Schlüssel des Kantons.

Imholz bezeichnet die Budgetierung der Position Lehrmittel und Schulmaterial als zu wenig seriös. Er habe kein Verständnis für diesen lockeren Umgang mit Geld. Stadträtin **Doris Caviezel-Hidber** erwidert, die Stadtschule habe nachträglich die Vorgabe erhalten, bestimmte Lehrmittel anzuschaffen.

Gewerbliche Berufsschule (GBC)

Lardelli kritisiert die Budgetierung bei der GBC, die in dieser Form wertlos sei. Im Schulbereich scheine niemand den Überblick zu haben. Er würde sich dieses Gebaren vom Kanton nicht bieten lassen. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** führt aus, das Problem liege darin begründet, dass der Kanton zu einem anderen Zeitpunkt abrechne als die Stadt, weshalb man immer ein Jahr hintennachhinke. **Derungs** wendet ein, die Aufgabe der Führung der GBC sei an den Kanton zurückzugeben. Die **Stadträtin** ergänzt, die Stadt habe momentan den Auftrag, diese Schule zu führen. Eine Kantonalisierung sei das Ziel des Stadtrates, entsprechende Gespräche würden geführt.

Kulturfachstelle

Lurati äussert sich zum Lohnnachgenuss des verstorbenen Theaterleiters Markus Luchsinger. **Imholz** kündigt für die Budgetdebatte einen Antrag an, die Fr. 54'817.20 mit dem Betriebsbeitrag des Jahres 2011 zu verrechnen und ist empört über die Verbuchung unter „Übriger Sachaufwand“. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** erklärt, Luchsinger sei städtischer Angestellter gewesen, und die Personalverordnung sehe eine Nachzahlung von drei Monatslöhnen vor. Schliesslich seien zwei Monatslöhne durch die Stadt übernommen worden und einer durch das Theater.

Jugendförderung

Imholz erkundigt sich wegen der Unterbringung von Zivildienstleistenden in Hotels. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** führt aus, die entsprechenden Personen hätten über eine Spezialausbildung und deshalb über eine höhere Tarifestufe verfügt; sie seien in einfachen Zimmern untergebracht gewesen. Diese Kosten würden künftig vom Lohn abgezogen.



Sozialhilfe

Lardelli mahnt unter Verweis auf die Bemerkungen im GPK-Bericht, es müsse sorgfältiger budgetiert werden.

Forst- und Alpverwaltung

- **Antrag der GPK**

„Der Vorfall (Mängel beim Bau des Käsekellers Alp Maran) ist zu untersuchen, die Verantwortlichen sind zu bezeichnen und für die entstandenen Schäden haftbar zu machen.“

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber führt aus, die Höhe des Schadens für die Stadt werde abgeklärt; es seien 120'000 Franken für Sofortmassnahmen vorgeschossen worden, um den Schaden in Grenzen zu halten. Das weitere Vorgehen werde mit der Bürgergemeinde geprüft. Hinzu komme, dass der Bau deutlich teurer zu stehen komme als ursprünglich vorgesehen.

Abstimmung:

Der Antrag der GPK wird einstimmig angenommen.

Die GPK regt an, die Aufzucht und den Verkauf von Churer Christbäumen zu überprüfen. **Imholz**, findet, man solle sofort aufhören. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** führt aus, die Nachfrage nach Churer Christbäumen sei gross, die Leute wollten einen hiesigen Baum.

INVESTITIONSRECHNUNG

Frau **Gartmann-Albin** nimmt Bezug auf die Kostenüberschreitung bei der Altlastensanierung Rossboden von 300'000 Franken; auch wenn man die Beiträge abziehe, gebe es immer noch eine Überschreitung - ob die Mehrkosten weiter verrechnet werden könnten; ob das Projekt abgeschlossen sei und falls nein, wann dies der Fall sein werde. **Stadtrat Tresp** führt aus, das Projekt sei abgeschlossen, jedoch noch nicht vollständig abgerechnet. Die Mehrkosten seien darauf zurückzuführen, dass eine Altlast gefunden worden sei, welche habe entsorgt werden müssen. Diese bildeten Bestandteil des Gesamtprojekts und würden entsprechend verteilt.

Tenchio verweist auf Art. 12 Abs. 2 der GPK-Verordnung, wonach Anträge der GPK wie Aufträge zu behandeln sind.



NACHTRAGSKREDITLISTE

Lardelli erkundigt sich nach der „Massnahme im Tourismusbereich“ bei der Forst- und Alpenverwaltung. **Stadträtin Doris Caviezel-Hidber** erwidert, es handle sich dabei um die Schirmbar in der Tschuggenhütte sowie um die Herrichtung des Vorplatzes bei der Carmenhütte.

Schlussabstimmungen:

Die Anträge von Stadtrat und GPK werden wie folgt beschlossen:

1. Der Geschäftsbericht des Stadtrates für das Jahr 2009 wird einstimmig genehmigt.
2. Die Jahresrechnung 2009 mit
einem Aufwand von Fr. 242'655'711.19
und einem Ertrag von Fr. 243'333'133.34
sowie einem Ertragsüberschuss von Fr. 677'422.15
wird einstimmig genehmigt.
3. Die Investitionsrechnung 2009 mit Nettoinvestitionen von Fr. 24'627'157.49 wird mit 20 Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.
4. Die Liste mit den Nachtragskrediten wird einstimmig genehmigt.

b) Bericht zu den hängigen Vorstössen

Der Stadtrat legt dem Gemeinderat mit dem Geschäftsbericht 2009 den Bericht zu den hängigen Vorstössen vor. Er beantragt, folgende Vorstösse abzuschreiben:

- Postulat Schädler betreffend die strategische Ausrichtung von Chur Tourismus
- Postulat SP-Fraktion betreffend Integration von Araschgen in das Churer Bustarifsystem
- Motion Durisch betreffend „Saubere Energie aus Abfall“
- Postulat Fopp/Pult betreffend Förderung des Veloverkehrs

Frei stellt eine Frage zum Postulat Integration Bustarifsystem; ob diese nicht im Leistungsauftrag der Stadtbuss AG enthalten sei. Der **Stadtpräsident** erwidert, die Fachstelle öffentlicher Verkehr des Kantons habe festgestellt, dass die Stadt zahlen müsse, da die Massnahme zu Einnahmenausfällen führe.

**Abstimmungen:**

- Das Postulat Schädler betreffend die strategische Ausrichtung von Chur Tourismus wird einstimmig abgeschrieben.
- Das Postulat SP-Fraktion betreffend Integration von Araschgen in das Churer Bustarifsystem wird einstimmig abgeschrieben.
- Die Motion Durisch betreffend „Saubere Energie aus Abfall“ Tourismus wird einstimmig abgeschrieben.
- Das Postulat Fopp/Pult betreffend Förderung des Veloverkehrs Tourismus wird einstimmig abgeschrieben.

5. Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung; Bericht und Massnahmen

Mit Botschaft Nr. 30/2010 beantragt der Stadtrat:

1. *Vom Bericht zur Aufgaben- und Leistungsüberprüfung in der Stadtverwaltung vom 31. Mai 2010 wird Kenntnis genommen.*
2. *Es wird eine Vorberatungskommission eingesetzt.*
3. *Der Auftrag der FDP-Fraktion zwecks Leistungsoptimierung wird als erledigt abgeschrieben.*

• Antrag Infanger

„Es sei eine 7er-Kommission zur Vorberatung des Geschäfts einzusetzen, welche sich nur mit denjenigen Massnahmen beschäftigt, welche der Gemeinderat in eigener Kompetenz entscheiden kann.“

Infanger fühlt sich vom Stadtrat hinsichtlich der Formulierung im Auftrag zum Personal missverstanden; eine Leistungs- und Aufgabenoptimierung sei nur möglich, wenn auch Einsparungen beim Personal vorgenommen würden. Die FDP wolle Entlassungen vermeiden, doch sollten im Rahmen der normalen Personalfluktuations Stellen abgebaut werden. Obschon der Stadtrat den Auftrag an sich richtig verstanden habe, schlage er nach-



haltige Mehreinnahmen vor. Der Auftrag sei aber auch deshalb nicht erfüllt, weil der Stadtrat einen Antrag auf Leistungsoptimierung hätte unterbreiten sollen. Zudem lasse er die Kompetenzregelung ausser Acht, indem er auch Massnahmen unterbreite, welche in seine Kompetenz fielen - der Gemeinderat sei nicht der Entscheidungsgehilfe des Stadtrates. Die FDP wende sich gegen die Abschreibung des Auftrags.

Das Geschäft wird gut aufgenommen, Stadtrat und Verwaltung erhalten Lob für die in kurzer Zeit erarbeiteten Massnahmen. Die Einsetzung einer Vorberatungskommission ist unbestritten.

- **Antrag Lardelli**

„Es sei eine 7er-Kommission einzusetzen.“

Lardelli führt aus, die Stadt lebe seit einiger Zeit über ihren Verhältnissen, und es werde Aufgabe der Kommission sein, dem Stadtrat den Weg hinsichtlich Voranschlag 2011 aufzuzeigen.

Die Stadt habe in erster Linie ein Ertragsproblem, führt der **Stadtpräsident** aus. Die Auftragslage der Stadt sei - im Gegensatz zur Privatwirtschaft in der Krise - exzellent, weshalb es ohne Mehreinnahmen nicht gehen werde. Der Bericht enthalte einige Ungenauigkeiten, da es innerhalb der kurzen Frist nicht möglich gewesen sei, alle notwendigen Abklärungen zu treffen. Der Stadtrat bitte die Kommission, die Massnahmen in kurz-, mittel- und langfristige einzuteilen. Der Stadtrat sei bereit, alle Massnahmen in seiner Zuständigkeit umzusetzen, doch wolle er wissen, wie der Gemeinderat darüber denke. Schliesslich könne dieser über den Voranschlag überall Einfluss nehmen.

Abstimmungen:

- Der Antrag, eine Kommission einzusetzen, welche sämtliche Massnahmen prüft, wird mit 12 zu 8 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
- Auf eine 5er-Kommission entfallen 16 Stimmen, auf eine 7er-Kommission 5 Stimmen.
- Der Antrag auf Abschreibung des Auftrags wird 12 zu 9 Stimmen abgelehnt.



Wahl der Kommission

Offen und in globo werden die Vorgeschlagenen mit 18 Stimmen bei 3 Enthaltungen gewählt:

- Gieri Derungs (CVP)
- Josias Gasser (Freies Grünes Bündnis/GLP)
- Jon Pult (SP)
- Dominik Infanger (FDP)
- Fritz Imholz (BDP)

Präsidium

Mit 19 zu 1 Stimme bei 1 Enthaltung wird **Derungs** als Präsident gewählt.

6. Geschäftsbericht Chur Tourismus; Kenntnisnahme

1 Bemerkung.

Der **Gemeinderatspräsident** stellt fest, dass der Gemeinderat vom Geschäftsbericht Kenntnis genommen hat.

7. Auftrag Chantal Marti-Müller und Mitunterzeichnende betreffend Abklärung möglicher Talentklassen (Sport- und Kulturklassen) auf der Sekundarstufe I; Bericht

Mit Bericht vom 10. Mai 2010 (Geschäft Nr. 31/2010) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

3 Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Auftrag wird mit 18 zu 1 Stimme bei 2 Enthaltungen im Sinne der Erwägungen überwiesen.



8. Auftrag Anita Mazzetta und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung des Mühlbach-Gesetzes an den Gewässerschutz und den aktuellen Nutzungsverhältnissen; Bericht

Mit Bericht vom 25. Mai 2010 (Geschäft Nr. 32/2010) beantragt der Stadtrat, der Auftrag sei im Sinne der Erwägungen zu überweisen.

5 Wortmeldungen.

Abstimmung:

Der Auftrag wird mit 14 zu 6 Stimmen bei 1 Enthaltung im Sinne der Erwägungen überwiesen.

9. Interpellation Christian Durisch betreffend Vergabe des Betriebes für die geplante Kletterhalle im Rahmen des GESAK Projektes; Antwort

Antwort des Stadtrates (Geschäft Nr. 33/2010).

3 Wortmeldungen.

Der Interpellant erklärt sich als nicht befriedigt.

Der **Gemeinderatspräsident** gibt den Eingang einer Petition zur Tagesschule Passugg bekannt; diese werde für die September-Sitzung traktandiert.

Chur, 6. August 2010

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder